

Antrag

auf Bewilligung einer Zuwendung gemäß Nr. 6.1 der Richtlinie zur Förderung des Ausbaus der Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Stormarn vom 01.04.2023

Kreis Stormarn
Der Landrat
Fachdienst Planung und Verkehr
Mommsenstraße 14
23843 Bad Oldesloe

Bitte kreuzen Sie die jeweils passenden Felder auf der linken Seite an und füllen ggfs. weitere Informationen auf der rechten Seite ein.

In diesem Vordruck wird für die einfachere Lesbarkeit die männliche Form verwendet, dies ist ausdrücklich nicht als Diskriminierung von Frauen oder nicht binären Menschen zu werten.

Antragstellende Kommune:

Ansprechpartner:

	Telefon: E-Mail:
--	---------------------

Bezeichnung des Vorhabens:

Zur Durchführung des vorgenannten Vorhabens wird eine Zuwendung aus Mittel des Kreises Stormarn nach der Richtlinie zur Förderung des Ausbaus der Radverkehrsinfrastruktur vom 01.04.2023 beantragt.

Das Vorhaben ist ein Projekt der folgenden Kommune in der Eigenschaft als gesetzliche/r Straßenbaulastträger/in:
Stadt / Gemeinde _____

Das Vorhaben ist ein Gemeinschaftsprojekt als Zusammenschluss zw. folgenden Kommunen, welchen die Straßenbaulast- / Vorhabenträgerschaft übertragen wurde:
 Stadt / Gemeinde _____

Straßenbaulastträger/in _____

(Zustimmung des/der zuständigen Straßenbaulastträgers/in ist beigefügt)

Die beantragten Fördermittel sollen verwendet werden für:

	Erhaltungsmaßnahmen der Radwegeinfrastruktur
	Neu-, Um- bzw. Ausbau der Radwegeinfrastruktur

Insbesondere für Maßnahmen der folgenden Kategorien:

	straßenbegleitende Radwege
	Schutzstreifen / Radfahrstreifen auf Gemeindestraßen (vorbehaltlich gesetzlicher Richtlinien)
	Fahrradstraßen auf Gemeindestraßen (vorbehaltlich gesetzlicher Richtlinien)
	eigenständige Radwege
	Querungshilfen / Schutzinseln
	Fahrradabstellanlagen
	Barrierefreiheit
	Sonstiges:

Folgende Maßnahme ist geplant

Art:	
Ort:	
Grund und stichwortartige inhaltliche Beschreibung:	
Geplanter Maßnahmenbeginn:	
Geplantes Maßnahmenende:	

Für die Maßnahme ist Grunderwerb erforderlich ja nein

Die Finanzierung der Maßnahme ist wie folgt geplant:

Eigenmittel inkl. Darlehen:	€
Zuwendungen des Bundes:	€
Zuwendungen des Landes:	€
Zuwendungen Anderer:	€
Zuwendungen des Kreises:	
Anteile Anderer bei Gemeinschaftsmaßnahmen:	€
Summe:	€

Zeitpunkt der Entstehung:

	insgesamt	20..	20..	20..
Gesamtkosten	€	€	€	€

Folgende Anlagen sind diesem Antrag beigefügt:

1. Erläuterungsbericht (Beschreibung der Maßnahme, Art der Ausführung, Bauzeitplan und Erläuterung der Bedeutung der Maßnahme mit dem Nachweis der verkehrlichen Notwendigkeit für die Gemeinde)
2. qualifizierte Planunterlagen
(mind. Planungsstand der HOAI-Leistungsphase 3 "Entwurfsplanung")
3. Kostenberechnung (aufgegliederte Berechnung der mit demwendungszweck zusammenhängenden Ausgaben einschließlich Kosten für Grunderwerb und Einrichtung) (§ 12 GemHVO-Doppik bzw. § 9 GemHVO-Kameral)
4. Bei gemeindeübergreifender Maßnahme: Kooperationserklärung aller Beteiligter inkl. Benennung der federführenden Stelle für das Vorhaben

Die antragstellende Kommune erklärt,

1. dass das Vorhaben nach Art und Umfang zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse dringend erforderlich ist.
2. dass sich die geplanten Anlagen in der Baulast der beantragenden Kommune befinden bzw. nach Fertigstellung befinden werden bzw. gemäß Kooperationserklärung die Herstellung der geplanten Anlagen der beantragenden Kommune obliegt.
3. dass, sofern notwendig, ein förmliches Verfahren zur Erlangung des Baurechts abgeschlossen ist bzw. alle für den Bau erforderlichen Beteiligungen / Zustimmungen / Genehmigungen vorliegen.
4. dass die Verfügbarkeitsberechtigung bzw. das Eigentum über alle zur Realisierung erforderlichen Grundstücksflächen vorliegen.
5. dass die geförderte Infrastruktur durch die beantragende Kommune bzw. von den zuständigen Straßenbaulastträgern nachhaltig gepflegt werden wird.
6. dass alle anerkannten Regeln der Technik bei der Umsetzung der Maßnahme (z. B. ERA der FGSV) eingehalten werden.
7. dass eigenes fachlich qualifiziertes Personal oder fachkundige Ingenieurbüros die Planung und Bauüberwachung des Vorhabens durchführen.
8. dass Bau- und weitere Maßnahmen den geprüften und genehmigten Plänen, den Regeln der Baukunst und Technik, den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung sowie den rechtlichen Anforderungen entsprechen werden.
9. dass die im Land Schleswig-Holstein geltenden vergaberechtlichen Bestimmungen bei der Durchführung des Vorhabens beachtet werden.
10. dass das Vorhaben die Belange von Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung berücksichtigt und den Anforderungen der Barrierefreiheit entspricht.
11. die Anerkennung, dass für die Zweckbindung die Abschreibungsrichtlinien des Landes Schleswig-Holstein in der jeweils gültigen Fassung, längstens jedoch 15 Jahre, gelten.
12. dass der Kreis Stormarn von Regress- und sonstigen Ansprüchen aus dem Vorhaben freigehalten wird.
13. dass die Verfügbarkeit des Eigenanteils zum Zeitpunkt der geplanten Auftragserteilung gesichert ist.
14. dass mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde (1.3 der VV-K zu § 44 LHO).
15. dass sie eine allgemeine Finanzausweisung nach § 11 FAG erhalten hat ja nein
16. dass sie für das vorvergangene Jahr eine Fehlbetragsausweisung nach § 17 FAG erhalten hat ja nein
17. dass sie vorsteuerabzugsberechtigt ist ja nein

Bemerkungen:

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift / Stempel